



## Medienmitteilung

Wiedlisbach, 12. Dezember 2022. Der Verein «Sauberes Wasser für alle», der die Trinkwasserinitiative lanciert hatte, fordert am 14. Dezember 2022 ein **2x NEIN** des Nationalrats zu den umwelt- und klimaschädigenden Motionen Gapany und Rieder. Die Motionen sind unvereinbar mit den Gewässerschutzgesetzen, den Umwelt- und Klimazielen der Landwirtschaft und unserer Ernährungssicherheit. Und die Motion Gapany bricht ein verbindliches Versprechen an die Stimmbevölkerung.

### Motion Gapany:

Sie verlangt, die geplante Reduktion der Nährstoffüberschüsse (um 20 Prozent bis 2030) wieder zu streichen, die der Bundesrat kurz vor der Abstimmung zur Trinkwasserinitiative dem Volk als Massnahme für «sauberes Wasser» versprochen hatte. **Damit würde ein verbindliches Versprechen an die Stimmbevölkerung gebrochen.** Gülle und Ammoniak aus der hoch subventionierten Tierproduktion würden weiter ungebremst und flächendeckend Böden, Wälder und Gewässer überdüngen, die Biodiversität zerstören, das Klima schädigen und überhöhte Nitratwerte im Trinkwasser verursachen. **Die Umsetzung der seit 25 Jahren bestehenden Gewässerschutzgesetze, zu der sich der Bundesrat auf Druck der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats kürzlich ausdrücklich verpflichtet hat, würde verunmöglicht.**

### Motion Rieder:

Sie will unter dem Deckmantel von Krisenmanagement und Ernährungssicherheit die Produktion weiter intensivieren und die vom Bundesrat zusätzlich geplanten Biodiversitätsflächen im Ackerland von 3,5% ersatzlos streichen. **Sie vernichtet damit die Biodiversität – eine unverzichtbare Produktionsgrundlage, die nicht nur die Artenvielfalt sichert, sondern auch durch die Förderung von Nützlingen den Einsatz von Pestiziden und Dünger reduziert und für höhere, stabile Erträge in der Landwirtschaft sorgt.** Die Schweiz würde mit der Annahme dieser Motion auch international ein fatales Signal an die zeitgleich stattfindende Weltbiodiversitätskonferenz in Montreal aussenden. Erreicht wird mit der Motion Rieder das Gegenteil von Ernährungssicherheit.

Um in Krisensituationen wie Klimawandel, Kriege oder Pandemien die Ernährung der Bevölkerung zu sichern und aus der Auslandsabhängigkeit bei Lebensmitteln (50%) herauszukommen, muss – so kürzlich auch die eidgenössische Ethik-Kommission – **die Anzahl Nutztiere «erheblich verkleinert und mehr pflanzliche Nahrung für die Menschen angebaut werden».** Denn es ist nicht etwa auf einen Mangel an Landwirtschaftsland zurückzuführen, dass der Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz nur gerade bei 50% liegt und sie dadurch die Hälfte ihrer Lebensmittel importieren muss. **Verursacht wird dies in erster Linie durch die intensive Tierproduktion, die auf 60% der inländischen Ackerflächen Futtermitteln anbaut statt mehr pflanzliche Nahrung für die Menschen.**

Der Grund dafür: 82% der Agrarsubventionen fliessen in die Produktion von tierischen Lebensmitteln, nur 18% in den Pflanzenbau. **Produktion und Konsum von tierischen Lebensmitteln werden also staatlich stark bevorzugt und gefördert, während die Produktion und der Konsum von pflanzlichen Lebensmitteln vernachlässigt werden.** Wie ineffizient die Verfütterung von Ackerfrüchten an Nutztiere ist und wie gross das Potential einer vermehrt pflanzlichen Ernährungsweise, zeigt eine Berechnung auf Basis von Zahlen des Bauernverbands\_eindrücklich:

**Auf den heute für Futtermittel genutzten 60% Ackerflächen könnte faktisch Brotgetreide für den jährlichen Brotverbrauch von 40 Millionen Menschen angebaut werden!**

Der einseitige Fokus der Subventionspolitik auf die tierische Produktion widerspricht diametral der 2017 in der Verfassung verankerten Ernährungssicherheit und muss dringend korrigiert werden. Milliarden an Steuergeldern müssen jetzt den nachhaltigen Wachstumsmarkt von pflanzlichen Lebensmitteln und Fleischersatzprodukten fördern und damit eine vermehrt pflanzliche Ernährungsweise. Konsumentinnen und Konsumenten, die sich ihrer Gesundheit (42%) oder der Umwelt wegen (40%) bewusst mit weniger tierischen Lebensmitteln ernähren, dürfen nicht länger benachteiligt werden.

**Am 14. Dezember – fast genau 18 Monate nach der Abstimmung über die Trinkwasserinitiative – braucht es ein 2x NEIN vom Nationalrat.** Für die direkte Demokratie, für sauberes Trinkwasser, für die Biodiversität und für eine nachhaltige, klimabewusste Ernährungssicherheit.

**Angesichts der aktuellen politischen Vorstösse und der angekündigten SVP-Initiative zur Ernährungssicherheit braucht es weitere Schritte aus dem Volk, um die Subventionsgelder in eine verantwortungsvolle, nachhaltige, klimabewusste Land- und Ernährungswirtschaft und die Sicherung von sauberem Trinkwasser umzulenken.**

Für Rückfragen:

Franziska Herren  
N 079 829 09 19

Initiantin der Trinkwasserinitiative  
Präsidentin des Verein «Sauberes Wasser für alle»  
Oeleweg 8  
4537 Wiedlisbach

[www.Trinkwasserinitiative.ch](http://www.Trinkwasserinitiative.ch)